



Regierungsratsbeschluss vom 17. August 2021

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF;
Bundesgesetz über die Entlastung der Unternehmen von Regulierungskosten;
Vernehmlassung

P210605

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF).

Begründung

Im Rahmen der Vernehmlassung des Bundes unterstützt der Regierungsrat das Unternehmensentlastungsgesetz. Durch die vorgesehene gesetzliche Verankerung von verschiedenen Massnahmen wird das Bewusstsein für Regulierungsbelastungen gefördert und werden folglich effizientere Erlasse verabschiedet. Dies entlastet auch Unternehmen in Basel-Stadt. Der Regierungsrat äussert jedoch Vorbehalte hinsichtlich der zentralen digitalen Plattform zur erleichterten Abwicklung von Kontakten zwischen Unternehmen und Behörden. Er weist hier auf die KDK-Stellungnahme zum Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufträgen (EMBaG) vom 26. März 2021 hin. Die partizipative Zusammenarbeit der verschiedenen Verwaltungsebenen im Bereich Prozesse und Systeme ist im vorliegenden Gesetzesentwurf ebenfalls zu verankern.

